

Datum: 26.01.2006

2006/019
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	23.03.2006	

Betreff

Gemeinsamer Antrag der SPD- und Grüne-Ratsfraktionen vom 25. Januar 2006;
Resolution zu den geplanten finanziellen Kürzungen der Landesregierung NRW

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

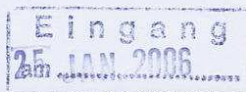
Burkhard Kapteinat
SPD-Ratsfraktion

Georg Wegner
Grüne-Ratsfraktion

Sachverhalt



Ratsfraktionen Castrop-Rauxel



SPD-Ratsfraktion Castrop-Rauxel

Rathaus / Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

☎ 02305 / 33013
☎ 02305 / 12692
✉ fraktion@spd-castrop-rauxel.de

**Bündnis 90 / Die Grünen
Grüne Ratsfraktion**

Georg Wegner
Bahnhofstr. 27
44575 Castrop-Rauxel

☎ 02305 / 12600
☎ 0170 / 619 73 27
✉ georg.wegner@gmx.de

Herrn Bürgermeister
Johannes Beisenherz
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

25.01.2006

Sitzung des Rates am 02.02.2006

Resolution zu den geplanten finanziellen Kürzungen der Landesregierung NRW

Sehr geehrter Herr Beisenherz,

namens der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen bitten wir Sie, folgende Resolution in der o.g. Sitzung des Rates behandeln zu lassen:

Resolution:

Die CDU/FDP-Landesregierung hat bei der Vorlage des Entwurfs des Landeshaushalts 2006 Einsparungen von insgesamt fast 1,3 Milliarden Euro angekündigt. Trotz dieser Einsparungen wird der Haushalt des Landes mit einer Neuverschuldung von 5,88 Milliarden Euro die höchste Verschuldung in der Geschichte Nordrhein-Westfalen beinhalten.

Durch die angekündigten Kürzungen werden die landesrechtlichen Leistungen um bis zu 20 Prozent reduziert. Zusätzlich sollen bei den landesfinanzierten Förderprogrammen insgesamt 165 Millionen Euro in allen Förderbereichen eingespart werden.

Die angekündigten Kürzungen bedeuten damit tiefe finanzielle Einschnitte insbesondere für die Landesbediensteten, aber auch für die Kommunen und freien Träger.

Folgende Kürzungen sind nach dem momentanen Stand bekannt:

- Kürzungen beim Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder bei den Betriebskostenzuschüssen für Kindergärten um 116 Millionen Euro,
- Kürzungen im Landesjugendplan um 21 Millionen Euro,
- Kürzungen beim Elternbeitragsdefizitverfahren. Danach sollen die Kommunen demnächst die Differenz zwischen Elternbeiträgen und den tatsächlich eingetribenen Beträgen alleine tragen,
- Kürzungen bei der Familien- und Altenhilfe um 6,8 Millionen Euro,
- Kürzungen im Bereich der Frauenförderung um 4 Millionen Euro.
- Kürzungen beim Weiterbildungsgesetz um 24 Millionen Euro,
- Kürzungen beim Flüchtlingsaufnahmegesetz um 36 Millionen Euro,

- Kürzungen bei den Zuschüssen für Krankenhäuser um 24 Millionen Euro,
- Kürzungen im Wohnungsbau um 33 Millionen Euro,
- Kürzungen im Naturschutz um 9,3 Millionen Euro.

Die geplanten Kürzungen sind nicht nur sozialpolitisch ungerecht und unverantwortlich. Sie stellen darüber hinaus die Kommunen vor große zusätzliche finanzielle und organisatorische Probleme, deren genaues Ausmaß zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist. Allein die Kürzungen beim Elternbeitragsdefizitverfahren bedeuten für die Stadt Castrop-Rauxel im Jahr 2006 Mehrkosten von ca. 250.000 Euro.

Durch die angekündigte kurzfristige Umsetzung der Kürzungen greift das Land massiv in die Arbeit der Betroffenen ein, ohne dass eine adäquate und angemessene Reaktion möglich ist. Insbesondere die Arbeit der Freien Träger wird dadurch massiv beeinträchtigt. Gerade bei bestehenden Personalverträgen mit entsprechenden Kündigungsfristen ist eine kurzfristige Kürzung der Zuschüsse nicht auszugleichen. Für das Frauenhaus Castrop-Rauxel bedeutet dies, die Streichung einer Personalstelle zum 01.01.2006. Dadurch muss der Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ die aus bestehenden Verträgen anfallenden Kosten selbst auffangen. Die Städte sind durch die Kürzungen gleich doppelt betroffen. Einerseits müssen die Einsparungen der Landesregierung aufgefangen werden, andererseits kommen durch die Beeinträchtigung der Arbeit der freien Träger eventuell neue Aufgaben auf sie zu.

Mittelfristig wird sich auch der Wegfall der Schuleinzugsbezirke für die Grundschulen negativ auf die Schulentwicklungsplanung und damit auch auf den kommunalen Haushalt auswirken.

Vor diesem Hintergrund fordert der Rat die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen in den genannten Bereichen nicht umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Burkhard Kapteinat
SPD Ratsfraktion

gez. Georg Wegner
Grüne Ratsfraktion